

# Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

## 17. Wahlperiode

Abgeordneten-Büro Berlin:

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Tel.: 030/227/72542 • Fax: 030/227/70132

E-Mail: [thomas.strobl@bundestag.de](mailto:thomas.strobl@bundestag.de)

Internet: [www.thomas-strobl.de](http://www.thomas-strobl.de)

Abgeordneten-Büro Heilbronn:

Badstraße 14 • 74072 Heilbronn

Tel.: 07131/9824215 • Fax: 07131/9824216

E-Mail: [thomas.strobl@wk.bundestag.de](mailto:thomas.strobl@wk.bundestag.de)

Internet: [www.thomas-strobl.de](http://www.thomas-strobl.de)

Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche

### „Was gut ist für Europa, das ist auch gut für Deutschland.“ Regierungserklärung der Bundeskanzlerin Angela Merkel zum Europäischen Rat und zum Eurogipfel

Der Deutsche Bundestag hat sich an diesem Mittwoch mit breiter Mehrheit für die Ausweitung der Wirksamkeit des Rettungsschirms ausgesprochen, mit dem die Schuldenkrise im Euro-Raum gebannt werden soll. Die Fraktionen von CDU/CSU, FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen stimmten dafür, dass die Europäische Stabilisierungsfazilität (EFSF), der sogenannte Euro-Rettungsschirm, mit Hilfe weiterer Instrumentarien so effizient wie möglich genutzt werden kann.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte zuvor in einer Regierungserklärung eindringlich an die Abgeordneten appelliert, dafür auch vertretbare Risiken einzugehen. Sie wiederholte dabei ihr Credo: „Scheitert der Euro, scheitert Europa.“ Und das dürfe nicht passieren, mahnte die Bundeskanzlerin. Die Bundesregierung habe die „historische Verpflichtung, das Einigungswerk Europas mit allen uns zur Verfügung stehenden und verantwortbaren Mitteln zu verteidigen und zu schützen“, betonte Merkel. Sie unterstrich außerdem: „Was gut ist für Europa, das ist auch gut für Deutschland.“ Denn kein anderes europäisches Land profitiere wirt-

schaftlich so stark von der gemeinsamen Währung wie Deutschland.

Thomas Strobl, der Vorsitzende der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg, lobte die Ausführungen von Angela Merkel als staatsmännisch, klug und sachlich. Er sagte ferner:



(Foto: Laurence Chapéron)

„Die Bundeskanzlerin hat es verstanden, auf die Sorgen vieler Bürgerinnen und Bürger einzugehen und den Menschen zu vermitteln, dass keine unangebrachte Spendierlaune das Motiv für die Einrichtung und weitere Präzisierung des Rettungsschirms ist, sondern unser nationales Eigeninteresse. Wir stützen den Euro zuerst und zuletzt, um die Stabili-

tät unserer eigenen nationalen Wirtschaft zu sichern, die von Europa abhängt.“

Thomas Strobl ergänzte, dass denn auch aus Rücksicht auf die deutschen Interessen das Gesamtvolumen der EFSF von 440 Milliarden Euro und der deutsche Anteil in Höhe von 211 Milliarden Euro unter keinen Umständen erhöht werden soll, wie das streckenweise von den Nachbarländern gefordert worden war.

Der direkt gewählte Heilbronner Abgeordnete lobte in diesem Zusammenhang auch die Haushaltspolitiker der Koalitionsfraktionen, die in zäher Detailarbeit dafür gesorgt haben, dass die Bundesregierung mit hinreichender parlamentarischer Rückendeckung nach Brüssel reisen konnte, um die dort getroffenen Beschlüsse zum deutschen Vorteil ausfallen zu lassen. Auch dank ihrer Hilfe wird die EFSF nun keine Bankenlizenz bekommen, so wie von anderen Staaten gefordert. „Damit sind echte Hebel aus gutem Grund nicht möglich“, schloss Thomas Strobl und entkräftete damit die von der Öffentlichkeit ventilerte Annahme, der EFSF-Mechanismus würde zur gigantischen Gelddruckmaschine entfremdet. Das ist definitiv nicht der Fall.

### **Gute Nachricht für Niederstetten**

In dieser Woche hat Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière die Entscheidung über die zukünftigen Standorte der Bundeswehr bekanntgegeben. Den direkt betroffenen Abgeordneten teilte der Minister seine Entscheidungen bereits in der Nacht zum Mittwoch mit. Bei dieser größten Reform in der Geschichte der Bundeswehr werden von den insgesamt 400 Bundeswehrstandorten in Deutschland 31 geschlossen. Weitere 90 werden stark verkleinert. In Baden-Württemberg werden vier Standorte aufgegeben. Kaum betroffen sein wird Niederstetten. Für dessen Erhalt hatten sich die Abgeordneten der Region stark gemacht, darunter Thomas Strobl, dem es als Fraktionsvorsitzendem im Regionalverband ein besonderes Anliegen war, der strukturschwachen Region zu helfen. Dazu Thomas Strobl:

„Unser Einsatz war erfolgreich. Die zugunsten eines Erhalts von Niederstetten sprechenden Argumente wurden im Bundesministerium der Verteidigung in vollem Umfang berücksichtigt. Niederstetten bleibt praktisch unverändert erhalten. Das ist eine gute Nachricht für Niederstetten, aber auch für die ganze Region.“

### **WEITERE THEMEN DER WOCHE:**

- **Gremienbesetzungen (EFSF)**
- **Novelle Telekommunikationsrecht**

Nähere Informationen zu diesen Themen erhalten Sie auf Wunsch gerne zugesandt. Kontakt unter 030 / 227 72542.

### **DAS HISTORISCHE STICHWORT:**

#### **Panzerkonfrontation am Checkpoint Charlie**

Gestern vor fünfzig Jahren hielt die Welt gespannt den Atem an und blickte voller Angst in die Zukunft. Damals lebten die Menschen in unmittelbarer Furcht vor einem dritten Weltkrieg, besonders in Deutschland, dem Schauplatz der Ereignisse.

Am Checkpoint Charlie, dem alliierten Grenzübergang im geteilten Berlin, rollten in Höchstgeschwindigkeit Panzer heran und bauten sich drohend voneinander auf, die Russen östlich des Kontrollpostens in der Friedrichstraße, die Amerikaner von Westen her.

Das Signal war klar und galt für beide Seiten: Bis hierher und nicht weiter! Eine Duellsituation wie aus einem Italo-Western, nur mit schrecklicheren Folgen für den Fall, dass eine Seite wirklich „gezogen“ hätte.



Anlass der Drohgebärde war eine Provokation der Sowjetunion. Nur wenige Wochen nach dem schändlichen Bau der Berliner Mauer durch das kommunistische Regime der DDR sollte der Westen weiter unter Druck gesetzt werden. Französische, britische und amerikanische Soldaten, die den freien Teil der Stadt beschützten, bekamen plötzlich den für sie bis dahin jederzeit offenen Zugang zum Ostsektor verwehrt.

Was bei Anerkennung dieser Grenzschikane eine Zementierung der Teilung Berlins und damit Deutschlands bedeutet hätte und damit weder für die westlichen Alliierten noch für die Bonner Regierung Adenauer hinnehmbar war, barg im Falle der Verweigerung das Risiko der nuklearen Eskalation. Deshalb war die Konfrontation der Panzer auch ein echter Nervenkrieg. Nur *eine* unbedachte Handlung eines Soldaten vor Ort, *eine* Raupenlänge zuviel an Vorwärtsdrang der Tanks, und es hätte sich jener unheilvolle „erste Schuss“ lösen können, der so oft schon zu einem Krieg geführt hat - mit dem Unterschied freilich, dass er in der damaligen Situation mit Atomwaffen ausgekämpft worden wäre und verheerendere Folgen gehabt hätte als alles bisher Dagewesene.

Vermutlich stand die Welt, von der Kuba-Krise 1962 abgesehen, nie zuvor und nie wieder danach so dicht vor der kompletten Selbstzerstörung wie an jenem 27.10.1961. Doch die Konfrontation ging gut aus. Die Russen zeigten sich vom Stärkesignal der Amerikaner beeindruckt und mochten am Ende doch nicht die eigene Vernichtung riskieren, die ein Beharren auf ihren Unrechtsstandpunkt unter diesen Umständen bedeutet hätte. Sie hatten im Machtpoker der Supermächte geblufft - und mussten nun einsehen, dass ihr Blatt zum Sieg nicht reichte. Also zogen sie nicht blank, sondern ab, und der Frieden war - zu den Bedingungen des Westens - gerettet. Ein großer Sieg für die Freiheit. Der Zugang zum Ostsektor wurde den Westalliierten fortan nie mehr bestritten. Dadurch blieb das Tor zu einer eventuellen Wiedervereinigung der Stadt und Deutschlands weiter offen, zwar nur einen Spalt breit zunächst, aber das reichte aus, um ihn 1989/90 zur völligen Durchlässigkeit ausweiten zu

können. Hätten die Amerikaner klein beigegeben und die russische Provokation aus Scheu vor dem fraglos ernstesten Kriegsrisiko hingenommen, wäre all dies nicht möglich gewesen.

So gesehen ist der 27.10.1961 ein großer Tag für die freie Welt gewesen und ein Beweis dafür, dass es sich lohnt, für eine gute und gerechte Sache einzustehen. Seit dieser Woche erinnert eine Gedenktafel am Checkpoint Charlie an diese bedeutende Wegmarke der neueren Geschichte.

#### **PRESSEMITTEILUNGEN:**



### **„Thomas Strobl gratuliert Guido Wolf:**

#### **Glückwunsch an den neu gewählten Landtagspräsidenten (26.10.2011)**

„Im Namen der CDU Baden-Württemberg und ganz persönlich gratuliere ich Herrn Landtagspräsident Guido Wolf sehr herzlich zu seiner Wahl. Wir freuen uns mit ihm über die breite Zustimmung, die er bei seiner Wahl auch aus den Reihen der Regierungsfractionen erhalten hat.

Ausgleichend, dienend und politisch will Herr Landtagspräsident Wolf sein Amt ausüben: Dafür wünschen wir ihm – sozusagen in seinem neuen Revier – alles Gute, allen Erfolg und Gottes Segen.“

v.i.S.d.P.:

Dr. Volker M. Schütterle  
Büroleiter und wissenschaftlicher Mitarbeiter  
Abgeordnetenbüro Thomas Strobl MdB

- Vorsitzender des Ersten Ausschusses
- Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg
- Vorsitzender des Vermittlungsausschusses
- Vorsitzender der CDU Baden-Württemberg

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030 / 227-72542  
Fax 030 / 227-70132